

Wilfried Gerhard

Amerika in Europa

Strausberg, August 1998

Gliederung

I. Außenpolitische Wertorientierungen der USA

1. Utopisch-idealistische Orientierung
2. Skeptische Orientierung

II. Realitätswahrnehmungen

III. Synthetisierung:

„Außenpolitische Konzepte“ (Schema)

IV. Konkretionen

1. Humanitarismus
2. Isolationismus
3. Demokratischer Internationalismus
4. Realismus

V. Gegenwärtige Bruchlinien

1. Die Clinton Administration
2. Die „New Republicans“

VI. Europäisch-amerikanische Perspektiven

Amerika in Europa

Das Thema kann in doppelter Weise verstanden werden. Es kann einmal die Tatsache der dauerhaften Prägung Europas durch amerikanische Selbstverständlichkeiten meinen: Massenproduktion und Konsumkultur, individualistischer Selbstinszenierungszwang und Lässigkeitsstil, „can do“-Haltung und unternehmerischer Aktivismus, grass-roots-Bewegung sowie politischer Pragmatismus und Populismus - bis in den Wahlkampf hinein. Gefragt ist nur noch geschicktes PR-Management in bewußter Ausrichtung auf Personen und in ständiger Rücksicht auf gesellschaftliche Stimmungsbefindlichkeiten.

Diese Art „Amerikanisierung“ Europas wird freilich nur in ihrer typisch europäischen Brechung wirksam, die jede Form von „Amerikanisierung“ sogleich mit der harschen Kritik an ihr versieht - sei es die Kritik der Konsumkultur, der „Bewegungs“-Kultur oder des politischen Populismus. Faktische Amerikanisierung und dezidiertes „Antiamerikanismus“ gehören in Europa also eng zusammen.

Das Stichwort „Amerika in Europa“ enthält jedoch noch eine weitere Dimension. Die Amerikaner verstehen sich nach wie vor als „Europäische Macht“, was eine nach wie vor nicht unerhebliche amerikanische Truppenpräsenz in Europa bedeutet und zudem die Vormachtposition in einem Bündnis vornehmlich europäischer Staaten einschließt. „Amerika in Europa“ - das verweist also auf einen außen- und sicherheitspolitischen Interessenzusammenhang der USA, der sich wesenhaft mit Europa verbindet. Aber dieser Zusammenhang ist nicht unkompliziert. Denn ebenso wie auf den Feldern des gewöhnlichen sozialen und politischen Alltags stößt auch hier - im speziellen Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik - amerikanische Präsenz auf europäische Kritikbereitschaft. Die kulturellen Motive, die die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik leiten und die sich unter der Chiffre eines amerikanischen Exzeptionalismus, d. h. der Ideologie amerikanischer Ausgenommenheit und Einzigartigkeit, zusammenfassen lassen, sind europäischem Bewußtsein eher befremdlich - mit der Konsequenz wechselseitiger Irritation. Im folgenden wird es darum gehen, die kulturellen Fundamente amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik freizulegen und die europäischen Vorbehalte ihr gegenüber ein Stück weit verständlicher zu machen.

I. Außenpolitische Wertorientierungen der USA

Die Grundzüge außenpolitischer Orientierung der USA scheinen auf den ersten Blick verwirrend und widersprüchlich. Sie sind des öfteren in polaren Gegensätzen beschrieben worden: z. B. geopolitischer Realismus versus universalistischer Idealismus, oder nicht-interventionistischer Isolationismus versus interventionistischer Internationalismus oder Unilateralismus versus Multilateralismus, usw. usf. Im folgenden wird der Versuch gemacht, solche außenpolitischen Grundorientierungen der USA zunächst einmal analytisch als Konsequenz jeweils unterschiedlicher normativer Selbstinterpretationsmuster zu verstehen.

1. Utopisch-idealistische Orientierung

Die utopische Variante kollektiver Selbstinterpretation knüpft unmittelbar an die amerikanische Kolonialgeschichte an. Amerikaner sind ihrer kolonialen Herkunft nach Europäer, die - mehr oder weniger gezwungen - Europa den Rücken gekehrt haben. Europa war für sie Inbegriff einer hierarchisierten politisch-gesellschaftlichen Ordnung, einer engen ideologischen Verknüpfung von Staat und Kirche, einer schicksalhaften Einbindung in feudal-absolutistische bzw. (später) in nationalistische Rivalitäten und Konflikte und nicht zuletzt auch einer massenweise erfahrenen religiösen Intoleranz. Was diese Europäer in der neuen Welt suchten, war das nicht mehr bedrückte freie und fromme Leben - und in dessen Konsequenz dann auch das gute und glückliche Leben. Das alttestamentliche Bild vom Auszug der Kinder Israels aus Ägypten vermittelt dabei einen

passenden metaphorischen Hintergrund. Europa ist das Ägypten, das das wandernde Gottesvolk verlassen hat - Amerika hingegen das gelobte Land. Auch neutestamentliche Metaphoren stehen zur Verfügung: Amerika ist die Stadt auf dem Berge, the shining city on the hill, das Neue Jerusalem. Mitbürger dieser Stadt wird man nicht qua Geburt, sondern qua Bekenntnis zum „Projekt Amerika“, wie es in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 niedergelegt ist: dem Bekenntnis zu unveräußerlichen individuellen Rechten, deren nicht geringstes das Recht zum „pursuit of happiness“ ist - das alles zudem von Gott gewollt und damit menschlicher Disposition enthoben. Das Programm der freien, frommen und guten Gesellschaft, das Programm der göttlich legitimierten Glückssuche impliziert nicht nur höhere Beglaubigung, sondern auch einen universalis-

tischen Glauben. „God has led his people to establish a new sort of social order that shall be a light unto all nations“¹. Auch das Credo der Unabhängigkeitserklärung redet davon: all men are created free and equal and endowed by their creator with certain unalienable rights. Was also allen Menschen zusteht, wird in quasi providentieller Weisheit von Amerika seinen Ausgang nehmen müssen. Amerika wird die Welt führen müssen. Herman Melville hat Mitte des vorigen Jahrhunderts dieses amerikanische Credo auf eine hinreißend enthusiastische Formel gebracht: „... wir Amerikaner sind das auserwählte Volk - das Israel unserer Zeit. Wir tragen die Bundeslade mit den Freiheiten dieser Welt Gott hat Großes für uns vorherbestimmt, die Menschheit erwartet große Dinge von unserem Volk, und große Dinge bewegen wir in unserem Herzen. Die übrigen Nationen werden bald hinter uns bleiben. Wir sind die Pioniere der Welt; die Vorhut, ausgesandt in die Wildnis, um in der neuen Welt, die die unsere ist, einen neuen Pfad zu bahnen. Wir haben lange genug gezweifelt, ob der politische Messias wirklich gekommen ist. Aber er ist gekommen in UNS“². Dieses universalistische Credo ist die bis auf den heutigen Tag wirksam, wenn auch es gegenwärtig in eher prosaischer Einkleidung daherkommt. So sagte der ehemalige amerikanische Außenminister W. Christopher: „Bei meinen Reisen ins Ausland wird mir überdeutlich klar, warum Amerika immer noch die vorherrschende Macht der Welt ist. Die Nationen der Welt blicken auf uns als verlässliche Führungsmacht mit hohen Grundsätzen. Sie sehen uns als optimistisches Volk, das durch seine Interessen motiviert und von seinem Potential geleitet ist. Sie folgen uns, weil sie verstehen, daß Amerikas Kampf für Frieden und Freiheit der Kampf der Welt ist. Wenn wir unsere Führungsrolle erhalten wollen, müssen wir weiterhin gemäß den besten Traditionen unserer Nation und unseres Volkes handeln.“³

Amerika versteht sich also bis heute exzeptionell - the shining city on the hill. Solche Selbstwahrnehmung hat natürlich moralische Konnotationen: die leuchtende Stadt auf dem Berge hat ihr Gegenteil zur Voraussetzung, die Orte der Verkommenheit, des moralischen Schmutzes und politischen Morastes. Damit ist nun die Dramatik des politischen Welttheaters vollends präjudiziert: als Kampf zwischen Vollkommenheit und Verkommenheit, zwischen Gut und Böse, zwischen Gott und dem Teufel. An Kompromiß ist hier nicht zu denken. Das Böse und die Bösen müssen beseitigt werden. Bis auf den heutigen Tag sind Amerikaner - im kulturellen Vergleich westlicher Staaten - dementsprechend auch eher geneigt, die Absolutheit der Moral vorauszuset-

zen. Und vom Engagement für das Gute ergibt sich die moralische Rechtfertigung des Mitteleinsatzes, auch des Einsatzes äußerster militärischer Mittel. „Force, force to the utmost“⁴ hatte der idealistische Wilson als angemessene amerikanische Kriegsmaxime proklamiert. Der Diskurs über die Zweck-Mittel-Relation tendiert stets dahin, die Zwecke zu überwertig wahrzunehmen und das moralische Gewicht der Mittel zu vernachlässigen. Europäer denken da wohl viel verschränkter und dialektischer - in M. Webers Worten: eher verantwortungsethisch als gesinnungsethisch.

Dementsprechend ist das Politikverständnis unterschiedlich. Im europäischen Kontext wird Politik plausibler und logischerweise als die „Kunst des Möglichen“ definiert, im amerikanischen Kontext mit gleicher Logik und Plausibilität als moralischer Feldzug. - sei es, um die Sklaverei zu beseitigen (civil war), sei es, um den Kolonialismus zu beenden (Spanisch-Amerikanischer Krieg), sei es, „to make the world safe for democracy“ (Erster Weltkrieg), sei es schließlich, um den ideologischen Totalitarismus zu besiegen (Zweiter Weltkrieg). Lipset: „Ronald Reagan was as American as apple pie when he spoke of the evil empire as the enemy“⁵. Und umgekehrt: Es war die Tragik von Bush, daß er in den zweiten Golfkrieg auszog, um einen Hitler redivivus zur Strecke zu bringen, dann aber doch aus realpolitischen Rücksichten heraus handelte und ihn am Leben ließ.

2. Skeptische Orientierung

Mit dem Stichwort „realpolitische Rücksichten“ wird ein zweites Muster kollektiver Selbstinterpretation sichtbar. Und auch dieses Muster hat seinen eigenen ideenpolitischen Hintergrund. Es lohnt die Erinnerung, daß die amerikanischen founding fathers zutiefst dem Gedankengut der Aufklärung verbunden waren. Nun hat zwar die Aufklärung in Amerika - darin der Situation in Deutschland vergleichbar - keine religionsfeindlichen Züge angenommen. Im Gegenteil: Wie der Text der Unabhängigkeitserklärung verdeutlicht, gibt es geradezu eine innere Übereinstimmung zwischen Aufklärung und religiöser Moral; aber die Aufklärung gab nicht nur Anlaß zu religiösem Überschwang und utopischem Enthusiasmus. Mit ihr vermittelt sind auch ein sehr spezifischer Skeptizismus, der auf dem Hintergrund der unbestreitbaren politischen Bedeutung des amerikanischen Religionswesens wohl eher nicht erklärbar ist. Er enthüllt sich in Gestalt eines grundsätzlichen Mißtrauens menschlicher Natur, ihre Selbstsucht und ihre Leidenschaften, ihre

konstitutionelle Habgier und ihre Ruhmsucht, ihren Stolz und ihren Neid. Und die entscheidende Frage der Aufklärung war, wie unter diesen eher ungünstigen anthropologischen Bedingungen der Fortschritt des Menschengeschlechts trotzdem realisierbar bleibt. John Adams, der zweite Präsident der USA, hat dieser skeptischen Aufklärungsvariante beredten Ausdruck gegeben: „Nach dem Selbsterhaltungstrieb wird Mißgunst auf immer die mächtigste Triebfeder menschlichen Handelns sein, und nur das Gleichgewicht einer wohlgeordneten Regierung wird verhindern können, daß Mißgunst in gefährlichen Ehrgeiz, zügellose Rivalitäten, verderbliche Fraktionen, verheerende Aufstände und blutige Bürgerkriege ausartet“⁶. Einer der Autoren des berühmten „Federalist“, James Madison, hat sogar in solcher skeptischen Anthropologie nicht nur den Rechtfertigungsgrund, sondern auch den Ermöglichungsgrund einer verfassungsmäßig limitierten, d. h. demokratischen Politik gesehen. „Ehrgeiz muß durch Ehrgeiz unschädlich gemacht werden ... Es mag ein schlechtes Licht auf die menschliche Natur werfen, daß solche Kniffe notwendig sein sollten, um Mißbräuche in der Regierung hintanzuhalten. Aber setzt nicht schon die Tatsache, daß Regierung überhaupt notwendig ist, die menschliche Natur in ein schlechtes Licht“⁷. Interessanterweise ist das amerikanische Verfassungsgebäude gänzlich auf diesem anthropologischen Skeptizismus aufgebaut. Nicht durch die Bekräftigung von Grundrechten (wie in der deutschen Verfassung), sondern nur durch institutionelle „checks and balances“ wird ihrer inneren Logik zufolge Freiheit am Leben erhalten. Der Grundrechtsteil ist in der amerikanischen Konstitution verfassungssystematisch dem Organisationsteil nachgeordnet: Die grundrechtlichen Verbürgerungen sind nur amendments, Ergänzungen. Die amerikanischen Verfassungsväter waren durchweg überzeugt - und das ist eben typisch für den Geist der Aufklärung, dem sie verpflichtet waren - mit dieser Verfassung die ideale Form menschlichen Zusammenlebens in einer Gemeinschaft schlechthin gefunden zu haben. Solche Einsichten reklamieren selbstredend ihre universelle Vorbildlichkeit und Maßgeblichkeit und begründen - gleichsam urheberrechtlich - die andere, aber genauso wirksame Gestalt des amerikanischen Exzeptionalismus.

Ein solcher Exzeptionalismus inspiriert natürlich ebenfalls außenpolitisches Denken und zwar in doppelter Weise. Da gibt es einmal den Gedanken, mit dem System der „checks and balances“ - von der gewaltenteiligen Bundesregierung bis zum Verhältnis von Union und Einzelstaat -

das ideale politische System schlechthin gefunden bzw. erfunden zu haben, das allein schon über seine Vorbildfunktion außenpolitisch zur Geltung kommt - ohne jedwede politische Intervention. G. Washington und andere haben mit großer Selbstverständlichkeit angenommen, die „Vereinigten Staaten von Europa“ würden - wenn erst einmal alle strukturellen Hindernisse beseitigt sind - später in gleicher Weise den Weg gehen, den die „Vereinigten Staaten von Amerika“ vorausgegangen sind. Die Erwartung geht also in Richtung einer „Nacherfindung“ des amerikanischen Systems von seiten anderer Staaten, was den USA selbst nur minimalistische außenpolitische Anstrengungen abverlangt. Die zweite Variante einer „checks and balances“-Konzeption überträgt eine innenpolitische Verfassungskonstruktion auf das internationale System. In dieser Perspektive ist es dann notwendig, machtpolitische Balancen allererst aktiv-interventionistisch herzustellen - ganz im Sinne der alteuropäischen „balance of power“. Ideenpolitisch ist diese Konzeption an Th. Hobbes orientiert: sie kam realpolitisch im Europa des Wiener Kongresses zum Tragen, wobei ein ausgewogenes System von fünf Großmächten geschaffen wurde, das den europäischen Frieden tatsächlich für Jahrzehnte gesichert hat. Auch die USA haben schon recht früh diese Konzeption gedankenexperimentell durchbuchstabiert - allerdings mit der unausgesprochenen Konsequenz der Aufgabe der Idee eines amerikanischen Exzeptionalismus und amerikanischer Einzigartigkeit. So war der Föderalist Hamilton bestrebt, die USA schlicht zu einer Macht europäischen Zuschnitts heranwachsen zu sehen und formulierte dabei den Abschied vom Traum des amerikanischen Exzeptionalismus sehr offenherzig: „Have we not already seen enough of the fallacy and extravagance of those idle theories which have amused us with promises of an exemption from the imperfections, weaknesses, and evils incident to society in every shape? Is it not time to awake from the deceitful dream of a golden age, and to adopt as a practical maxim for the direction of our political conduct that we, as well as the other inhabitants of the globe, are yet remote from the happy empire of perfect wisdom and perfect virtue?“⁸. Als politischer Realismus hat diese Perspektive in unserem Jahrhundert die Zeit des Kalten Krieges stilbildend bestimmt - nun mehr allerdings gerade durchsetzt mit der Ideologie der exzeptionellen Rolle Amerikas in der Weltgeschichte und seiner daraus erwachsenden Führungsverantwortung.

II. Realitätswahrnehmungen

Solche Wertorientierungen sind als solche noch nicht handlungsrelevant. Erst unter bestimmten Wirklichkeitsbedingungen werden Wertorientierungen abgerufen und damit handlungs- und stilbildend. In systematischer Perspektive lassen sich nun - wie ich meine - für die USA vier Kategorien der Wahrnehmung ihres sicherheitspolitischen Umfeldes ausdifferenzieren. Es kann in staatlicher Perspektive als vorwiegend „anomisch“ und deswegen ordnungs- und zivilisierungsbedürftig wahrgenommen werden oder aber in alarmistischer Weise als „gegnerisch“ und deswegen zumindest balancebedürftig. Das internationale sicherheitspolitische Umfeld kann sodann in gesellschaftlich-sozialer Perspektive als vorwiegend unkalkulierbar und deswegen abstands- und vermeidungsbedürftig erlebt werden oder aber - wiederum alarmistisch - als bedrückend-katastrophal und deswegen hilfebedürftig. Solche Wirklichkeitswahrnehmungen - das ist hier die These - existieren in relativer Unabhängigkeit von Wertorientierungen, ergeben mit ihnen zusammen jedoch außenpolitische Konzepte, die in der Vergangenheit auch das Verhältnis zu Europa definierten und in Zukunft weiterhin definieren werden.

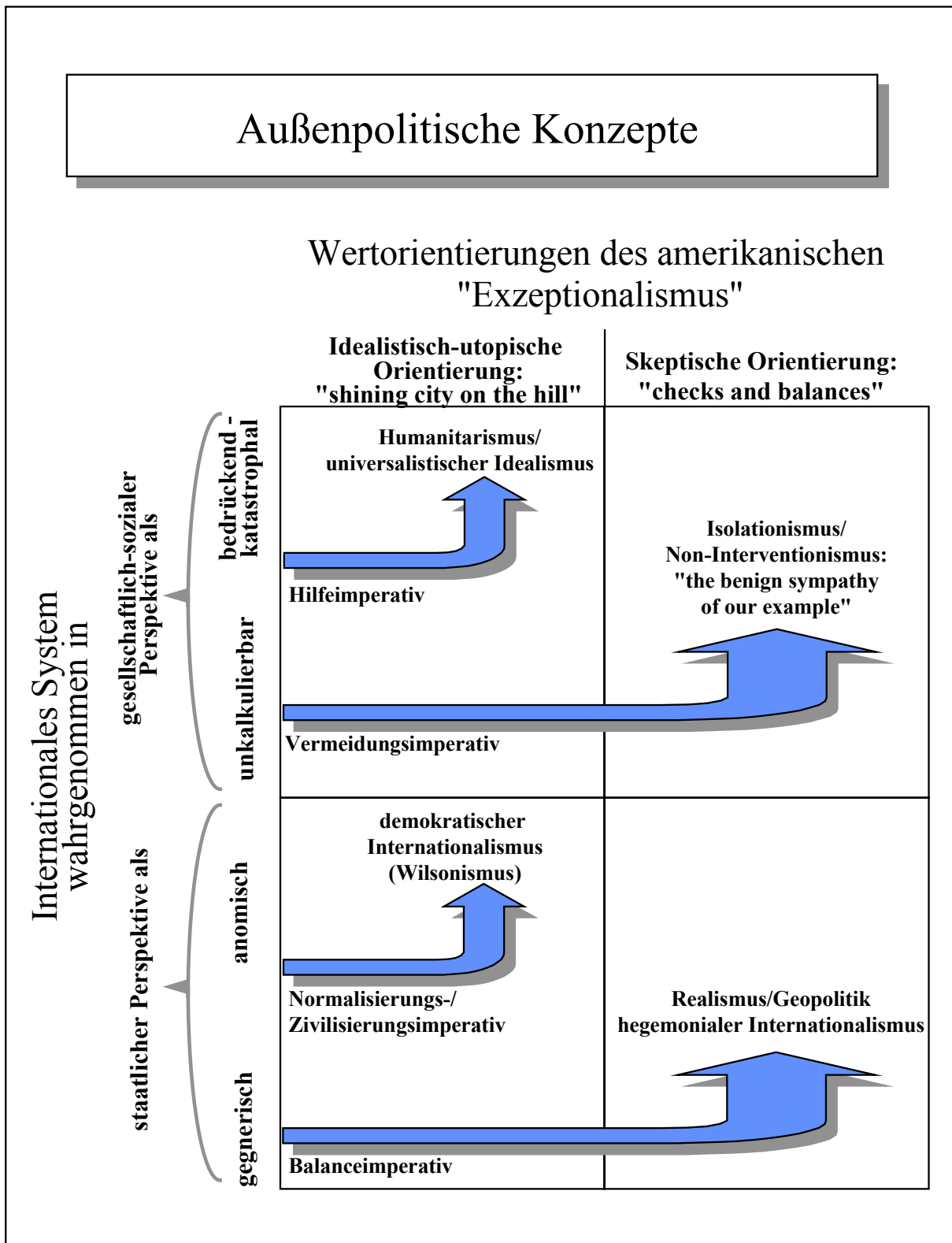
III. Synthetisierung:

„Außenpolitische Konzepte“ (Schema)

Die Verknüpfung von Wertorientierungen und Wirklichkeitserfahrungen im internationalen System ergibt ein Schema außenpolitischer Konzepte der USA. Dabei zeigt sich zweierlei

1. Bestimmte Wirklichkeitserfahrungen lösen sehr spezifische Handlungsbereitschaften aus, die im folgenden als politische „Imperative“ gekennzeichnet sind.
2. Das Zusammenspiel zwischen solchen spezifischen Handlungsbereitschaften und grundlegenden Wertorientierungen verdichtet sich in Gestalt von außenpolitischen Konzepten, die idealtypisch und analytisch verstanden werden müssen, also keineswegs „Blaupausen“ für operative Politik darstellen. Operative Politik verweist immer nur auf Tendenzen in diese oder jene Rich-

tung. Mit anderen Worten: Idealtypen determinieren nicht die Außenpolitik, machen sie aber transparenter, verständlicher und nachvollziehbarer.



IV. Historische Konkretionen

1. Humanitarismus

Humanitarismus als außenpolitischer Impuls ist in den USA so stark wie eh und je. Armut, Hunger, Naturkatastrophen, politische und religiöse Verfolgung von Minderheiten - das sind klassische Anknüpfungspunkte für eine Politik, die die internationale Umwelt als partiell katastrophal bzw. bedrückend wahrnimmt und darauf mit einem idealistischen Hilfeimperativ reagiert. Dabei kommt der semantische Reflex säkularer Auserwähltheit oft in Gestalt formelhafter Versatzstücke zum Ausdruck: „Wir als das reichste Volk der Erde ...“ (Oder aber im Eingeständnis von Verfehlungen: „Wir - das ressourcenverschwendende Volk par excellence“). Es gibt meines Erachtens diesen sehr unstrategischen Humanitarismus, der sich in der Carepaketeaktion vor mehr als fünfzig Jahren im zerstörten Deutschland genauso gezeigt hat wie vor kurzem in der mißglückten Somaliaaktion der USA. Wie im übrigen auch in einer Einwanderungspolitik, die Amerika als Zuflucht für all jene begreift, die „mühselig und beladen“ sind. Auch das ist humanitaristische Außenpolitik - zumindest aber wohltätiges politisches Wirken nach außen hin. Sofern dieser Humanitarismus einen „human-rights“-Moralismus annimmt, kann es natürlich auch

ernsthafte politische Verwicklungen geben. Im Zusammenhang der Bewertung von Scientology hat sich dies erst in jüngster Vergangenheit sehr dramatisch gezeigt. Vielen Amerikanern (und auch Teilen seiner politischen Elite) scheint es gegenwärtig so, als sei Deutschland wieder moralisch entgleist und faschistisch-menschenrechtswidrigen Verlockungen und Neigungen erliegen. In einem Senate-hearing zur Situation religiöser Verfolgung von Minderheiten in Deutschland wurde deswegen ausdrücklich die CDU attackiert, weil sie einen Unvereinbarkeitsbeschluß von CDU-Mitgliedschaft und Scientology-Mitgliedschaft verabschiedet hat. Humanitarismus heißt eben auch moralische Intervention, heißt auch öffentliche Anprangerung und - wo alle Stricke reißen - Sanktionspolitik.

2. Isolationismus

Wird das internationale System jedoch vorwiegend als unkalkulierbar wahrgenommen, so scheint plötzlich anthropologischer Skeptizismus auf: die Befürchtung, in schwer durchschauba-

re

Konflikte, unberechenbare Interessengegensätze, unakzeptable Kosten und Allianzen hineingezogen zu werden. Als das spanisch-europäische Weltreich Anfang des letzten Jahrhunderts zerfiel und die Staaten Südamerikas in ihrem Kampf um Unabhängigkeit sich um US-amerikanische Hilfe bemühten, reagierten die USA mit der Verweigerung erbetener Intervention.

Der

damalige

Außenminister John Quincy Adams formulierte in geradezu klassischer Manier: „America goes not abroad in search of monsters to destroy. She is the well-wisher to the freedom and independence of all. She is the champion and vindicator only of her own. She will recommend the general cause by the countenance of her voice, and the benign sympathy of her example. She well knows that by once enlisting under other banners than her own, were they even the banners of foreign independence, she would involve herself beyond the power of extrication, in all the wars of

interest and intrigue, of individual avarice, envy, and ambition, which assumed the colors and usurped the standards of freedom ... She might become the dictatress of the world. She would be no longer the ruler of her own spirit.“⁹ Skeptizismus in bezug auf die mögliche Überschaubarkeit der Verhältnisse schlägt in Isolationismus um. Besonders in bezug auf Europa ist diese Verknüpfung von Skeptizismus und Isolationismus von Anfang an stilbildend gewesen. Skeptisch auf die korrupte und potentiell korrumpierende Alte Welt schauend warnen schon G. Washington und Th. Jefferson vor „entangling alliances“. Und in der Tat: nach dem Krieg gegen Großbritannien (1812 -1814) griff der isolationistische Impuls gegenüber Europa für den Rest des Jahrhunderts und noch darüber hinaus.

3. Demokratischer Internationalismus

Demokratischer Internationalismus ist ebenso wie amerikanischer Humanitarismus gespeist von einem idealistischen und missionarischen Universalismus, nun jedoch nicht mehr bezogen auf die internationale Gesellschaftswelt, sondern die internationale Staatenwelt. Und dieser Internationalismus greift unter politischen Realitätsbedingungen, die vorwiegend als anomisch und deswegen ordnungsbedürftig erfahren werden. Die große Stunde ordnungspolitischer Bemühungen

ist

natürlich immer die Zeit nach einer großen militärischen Auseinandersetzung. Neuordnung heißt

in dieser Perspektive jedoch immer demokratische Neuordnung nach innen und außen: nach innen in Gestalt von Freiheitssicherung und nach außen in Gestalt von auch Friedenssicherung. Nirgendwo sonst besteht ein so enger konzeptioneller Zusammenhang zwischen dem Gedanken innerstaatlicher Verfaßtheit und zwischenstaatlicher Ordnung wie in der Idee des demokratischen Internationalismus. Jetzt geht es nicht mehr nur um „the benign sympathy of our example“,

sondern um massives internationales Engagement und interventionistische Entschlossenheit. Wilson ist es gewesen, der nach mehr als 100jähriger Abwesenheit der USA von Europa ihre definitive Rückkehr nach Europa einleitete. Und er tat es in sehr spezifischer Weise. Nach dem mit amerikanischen Machtmitteln beendeten Ersten Weltkrieg hat er aus der realen Notwendigkeit politischer Neuordnung und den ideellen Impulsen eines demokratischen Internationalismus die strategische Konsequenz gezogen, die alteuropäische „balance of power“ durch ein System „kollektiver Sicherheit“ zu ersetzen, das den Bedingungen dauerhafter Sicherung des Friedens Rechnung tragen sollte. Als „Völkerbund“ hat dieses System kollektiver Sicherheit ein kurzes und kärgliches Dasein gefristet - nicht zuletzt deshalb, weil die Unterstützung durch die politische Elite der USA ausblieb. Das Wilsonsche Konzept einer „Kollektiven Sicherheit“ scheiterte am Veto des amerikanischen Kongresses. Das ist aufschlußreich. Es beleuchtet schlaglichtartig noch einmal die Stärke des anderen, nämlich des eingespielten isolationistischen Konzeptes.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war noch einmal die Stunde eines erneuerten Wilsonismus gekommen. Denn 1945 war es noch keineswegs klar, daß die Kooperation der Sieger schließlich durch den Wettkampf unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Systeme und durch die Strategie des „containment“ ersetzt werden würde. Ganz im Gegenteil: die USA (bzw. Roosevelt) gingen wieder einmal sehr idealistisch davon aus, daß, nachdem der deutsche Faschismus gewaltsam beendet worden war, einer friedlichen Zukunft der Völkergemeinschaft nichts mehr im Wege stehen würde. Der Weg würde frei sein für die angenommene Normalität und

Zivilität im Verkehr der Staaten untereinander: für einen internationalen Frieden auf der Grundlage von Demokratie und ökonomischem Liberalismus. Roosevelt hatte dazu ja schon während des Weltkrieges die grundlegenden Vorkehrungen getroffen, unter denen das System von Bretton Woods und die Gründung der Vereinten Nationen die wohl wesentlichsten Innovationen waren. Roosevelt hatte dabei dem Internationalismus soviel amerikanische Präponderanz hinzuge-

fügt, daß dieser nunmehr auch für die politische Klasse seines Landes akzeptabel wurde. Vor allem war es die in jeder Beziehung gewährte und nach amerikanischem Selbstverständnis auch zwingende Rolle einer „Führungsmacht USA“, die diesen neuen Versuch von Wilsonismus nicht scheitern ließ. Man denke nur an die Dollarwährung als internationale Leitwährung oder an die Vetomacht im UN-Sicherheitsrat. Daß Roosevelt an eine Restauration der alteuropäischen „balance of power“ nicht gedacht hatte, wird schon daran deutlich, daß seine Weichenstellungen die fast totale militärische Demobilisierung nach Ende des Krieges einleiteten: die umstandslose Reduktion der Armee von 12 Millionen auf 1,4 Millionen Soldaten¹⁰.

Im Konzept des demokratischen Internationalismus zeigt sich die Kraft einer Geschichtspragmatik, die die moralische Dramatik des Kampfes zwischen Gut und Böse, Gott und dem Teufel in eine sehr wirksame Sicht von Vergangenheit und Zukunft übersetzt. „Vergangenheit“ ist Entsorgungsraum für die geschlagene Schlacht gegen die Kräfte der Finsternis, „Zukunft“ dagegen ist Gestaltungsraum für das Neue, Heilsame und Gute. Die Gegenwart geht nicht schwanger mit der Vergangenheit, sondern mit der Zukunft. Deshalb zählt Zukunft, nicht Vergangenheit. Man denke nur an die letzten öffentlichen Worte von Ronald Reagan: „Ich gehe in die Nacht meines Lebens.

Amerika aber wird einen strahlenden neuen Morgen erleben“. Von daher erklärt sich auch das Unverständnis für die europäische Neigung, gleichsam nach hinten zu schauen, von der Vergangenheit Orientierung zu erwarten, historische Kontinuität zu konstruieren und nationale Eigentümlichkeiten in der Tiefe der Geschichte aufzuspüren. Das macht in amerikanischer Perspektive wohl eher unfrei für das Tun des Guten. Und in der Tat: wo der amerikanische Idealismus praktisch-politisch wirksam wird, kann er natürlich auch einen psychologisch sehr befreienden Effekt haben. Er verhindert das revanche-lüsterne „Nachkarten“. Europas stärker relativistisches und historistisches Denken dagegen muß man auch von seiner problematischen Seite sehen. Anders als die Amerikaner vermochten Europäer nicht nur den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu begreifen, sondern auch umgekehrt den Frieden als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Unfähigkeit der Europäer, nach dem Ersten Weltkrieg dem amerikanischen Idealismus folgen zu können, hat bekanntlich zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges Entscheidendes beigetragen.

4. Realismus

Idealtypisch ist der Realismus der Perspektive skeptischer Wertorientierung zuzurechnen. Realismus (der Begriff ist im übrigen eine kuriose semantische Anmaßung, weil er alternative Ansätze unter den grundsätzlichen Verdacht fehlender Realitätsnähe interpretieren muß!) - Realismus

abstrahiert von allem, was sich nicht den Erfordernissen nationaler Souveränität, geopolitischer Überlegungen, strategischer Interessen und militärischer Stärkenotwendigkeiten fügt. Auskunft über diesbezügliche Erfordernisse gibt dabei eher die historische Analyse traditionellen Staatsverhaltens als die soziologische Analyse gesellschaftlicher Verfaßtheit. Und historische Analyse macht skeptisch - denn sie verweist mit angeblich schöner Regelmäßigkeit auf Probleme ungeordneten imperialen Ausgriffs permanenter Rivalität der Großmächte und umstandsloser Ausfüllung von Machtvakuen, letztlich also: auf die Anarchie des internationalen Systems. Selbsthilfe als strategischer Imperativ und „balance of power“ als strategisches Instrument bleiben deshalb die entscheidenden Merkmale internationalen Agierens. Solch eine skeptische Grundhaltung wird natürlich durch die konkrete Erfahrung von Gegnerschaft und Antagonismus, wie sie z. B. der Kalte Krieg vorhielt, mobilisiert wie umgekehrt die konkrete Erfahrung selbst durch die skeptische Grundhaltung zusätzlich gerechtfertigt wird. Aber nicht erst der Kalte Krieg, sondern schon der Erste und Zweite Weltkrieg hatte der Skepsis bezüglich Europa Vorschub geleistet. Europa war offenbar zur Selbstordnung seiner Verhältnisse nicht fähig. Ohne die USA als „Europäische Macht“ war eine „balance of power“ in Europa nicht möglich. Und ohne die USA würde Europa weiterhin seinen nationalistischen Rivalitäten und kriegerischen Verstrickungen verfallen bleiben. Auch das fortgeschrittene Nachkriegseuropa zeigte in amerikanischer Perspektive keine grund-legende Änderung dieser Situation. An die Stelle des niedergerungenen faschistischen Deutschland war offensichtlich nur die Sowjetunion als neue imperiale Störungsmacht Europas getreten. Ihre Geschichte und ihr ganz konkretes außenpolitisches Verhalten signalisierte die Perspektive „Antagonismus“ - und das hieß in sicherheitspolitischer Konsequenz: Balancebedürftigkeit, in der Strategie von „containment“ implementiert. Diese Sicht der Dinge mündete dann schließlich in die Gründung der NATO und die hegemoniale Rolle der USA in ihr. Dieser Perspektive instrumentell zugeordnet bleibt ein gleichsam amputierter - nämlich auf Westeuropa bezogener - liberaler und demokratischer Ansatz. Mit Hilfe des Marshallplans sollte nicht nur der sowjetische Expansionsdrang im Zaum gehalten werden. Es sollte vielmehr Europa wieder für die US-Industrie

ökonomisch attraktiv gemacht werden und es sollte das realisiert werden, was sich wie eine vage Anknüpfung an jene Ideen anhört, die zur europäischen Nachahmung des amerikanischen Beispiels ermunterten. Washingtons Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ sollte sich nun also über den Marshall-Plan mit jener gelinden ökonomischen Nachdrücklichkeit realisieren, die im Konzept einer bloßen „benign sympathy of our example“ eigentlich gar nicht vorgesehen war. Daß die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ - eine uramerikanische Idee - von der politischen Elite der USA später eher kritisch gesehen wurde, hing dann in der Tat mit der den USA durch den Ost-West-Konflikt aufgenötigten hegemonialen Rolle zusammen. Ein nicht geeintes Europa ist hegemonial offenbar besser zu führen. Die Zeit des Kalten Krieges ist also de facto durch eine bedeutsame Verengung prinzipiell bereit liegender außenpolitischer Optionen der USA gekennzeichnet. Realismus in der Gestalt eines hegemonialen Internationalismus ist die Konzeption, die das Bild der Europäer von den USA während der Zeit des Kalten Krieges stilbildend geprägt hat. Und in ihrer hegemonialen Rolle sind die USA von den Europäern - sieht man einmal von Frankreich ab - in der Zeit des Kalten Krieges auch weitgehend akzeptiert worden.

Die diesem Hegemonialismus zugrundeliegende amerikanische Skepsis bezüglich europäischer Friedensfähigkeit scheint bei einigen nicht unmaßgeblichen Vertretern des realistischen Politikansatzes über das Ende des Kalten Krieges hinaus Geltung zu haben. Deutschland und Rußland bleiben z. B. in H. Kissinger's Perspektive auch zukünftig potentielle Störgrößen: „America and Europe have a joint interest in avoiding unbridled national German and Russian policies competing over the center of the Continent. Without America, Great Britain and France cannot sustain the political balance in Western Europe; Germany would be tempted by nationalism; Russia would lack a global interlocutor. And without Europe, America could turn, psychologically as well as geographically and geopolitically, into an island off the shores of Eurasia“¹¹.

An zwei bedeutsamen Stellen jedoch ist der USA-amerikanische Realismus in die europäische (und vor allem auch deutsche) Kritik geraten und hat entsprechende antiamerikanische Affekte und Vorurteile mobilisiert.

Die erste Einbruchsstelle für Kritik betrifft die in Europa bis vor kurzem unbekannte Verknüpfung von operativer und symbolischer Politik. Operative Politik ist in der amerikanischen Öffentlichkeit, die ja solche Politik mittragen muß, nur durch symbolische Reduktion und Zuspitzung zu rechtfertigen. Die Moralisierung eines realpolitischen Konfliktes, d. h. die Dämonisie-

rung des Gegners und seine Etikettierung als Feind von Freiheit und Frieden stellen in den USA allererst jenen sozialen Resonanzboden her, von dem her dann Real- und Interessenpolitik nüchtern und wirksam wahrgenommen werden kann. Letztlich scheinen so durch alle Formen amerikanischer Realpolitik Versatzstücke des amerikanischen Moralismus durch. Schon George Kennan fürchtete diese „evils of utopian enthusiasms“¹², denen die amerikanische Öffentlichkeit zuneige. In europäischer Perspektive, die solche Versatzstücke bis in die jüngste Zeit hinein eigentlich nicht gekannt hat, kann dieser Sachverhalt sich sehr leicht zur Unterstellung politischer Heuchelei verdichten: Sie reden vom Teufel, meinen aber nur ihre ökonomischen und strategischen Interessen. Mit Vermutungen dieser Art verknüpft sich in Europa eine schier endlose anti-amerikanische Entlarvungs- und Enthüllungsliteratur. Von der Fast-Auslöschung der Indianer bis Hiroshima, von amerikanischer Rohstoffplünderung in der Dritten Welt bis zur „United Fruit company“-Herrschaft in Guatemala, von der big-stick-Diplomatie Roosevelts bis zum Vietnamkrieg - dieser ganze so wahrgenommene Komplex folgt angeblich demselben Drang heuchlerischer Verhüllung und idealistischer Maskerade. Den USA die Maske vom Gesicht zu reißen - das scheint auf diese Weise das Ernsthafteste aller politischen Anliegen zu sein. An Ronald Reagan läßt sich dieses Phänomen in besonders eindrücklicher Weise festmachen. Im eigenen Lande war er wegen seiner populistischen Fähigkeit, die idealistischen Anschlußstellen für Realpolitik besonders eindrücklich zu formulieren, auch besonders geschätzt. Aber genau das hat ihn in Europa besonders verdächtig gemacht. Für eine europäische Perspektive waren sein Populismus und seine Versatzstücke symbolisch-politischer Rhetorik tatsächlich operativ gemeint; die Dämonisierung des Gegners als „Empire of the Evil“ fügte in europäischer Perspektive der Realpolitik also lediglich ihre tödliche Unerbittlichkeit hinzu.

Die zweite Einbruchsstelle für Kritik und Vorurteile betraf weniger die idealistische Anreicherung der Realpolitik als vielmehr diese selbst. Unter den Bedingungen eines fortgeschrittenen Ost-West-Konfliktes und fortgeschrittener nuklearer Waffensysteme wollte es der europäischen und auch deutschen Öffentlichkeit fraglich erscheinen, ob die US-amerikanische Schutzgarantie durch das NATO-Bündnis nicht in Wahrheit die Instrumentalisierung des Bündnisses für US-amerikanische Interessen darstellte. Dies war das Thema der Friedensbewegung in den acht-

ziger Jahren. Sie konzentrierte sich alarmistisch auf den transatlantischen Riß der mit der Stationierung von PERSHING II und Cruise missiles definitiv werde und zur Aufkündigung des NATO-Bündnisses zwingen. Die befürchtete Möglichkeit, mit Hilfe der neuen Waffensysteme die potentielle nukleare Auseinandersetzung zwischen den USA und der UdSSR auf Europa zu begrenzen, machte das Bündnis in den Augen der Friedensbewegung faktisch zum verlängerten Arm exklusiv amerikanisch-strategischer Interessen. Die Stationierung dieser Waffensysteme selbst wurde für sie zur Einübung in den Ausverkauf europäischer Interessen. Angesichts dieser Lage wurde dann die Frage virulent, ob Deutschland „seine Wiedervereinigung auf dem Schlachtfeld“¹³ und Europa sein „Euroshima“ wirklich noch selbst mitzubetreiben habe.

Bis auf den heutigen Tag ist das Amerikabild vieler Angehörigen der intellektuellen Szene von diesen Einbruchstellen für Kritik gekennzeichnet. Es hat - wie die grüne Wahlplattform auch heute noch erkennen läßt - die Zeit ihrer Entstehung überlebt und mag auch noch in Zukunft für einige politische Irritationen sorgen.

V. Gegenwärtige Bruchlinien

Während der Zeit des Kalten Krieges hatte sich Europa so sehr an die Perspektive von sicherheitspolitischem Realismus, Geopolitik, containment policy und US-Führungsrolle in Europa gewöhnt, daß die anderen möglichen sicherheitspolitischen und außenpolitischen Grundorientierungen der USA dem europäischen Bewußtsein fast völlig entschwanden. Nunmehr werden die Europäer wieder erneut auf diese anderen außenpolitischen Grundorientierungen der USA sehr nachdrücklich hingewiesen, und der Konflikt zwischen der Clinton-Administration und dem von den Republikanern beherrschten Kongreß macht dies besonders deutlich. Die Republikaner vertreten dabei eine eigentümliche Mischung aus altem Realismus und neuem Isolationismus, während die Clinton-Administration - obwohl im einzelnen sehr schwankend - einem neuen liberalen Internationalismus anhängt. Amerikanische Außenpolitik ist schon immer von innenpolitischen Determinanten und Variablen mitbestimmt worden. Trotz allem ist die gegenwärtige Situation unvergleichbar exzeptionell. Die innenpolitische Situation wird heute ohne Ausnahme als prekär, krisenhaft, ja teilweise desasträr wahrgenommen. Verfallende Infrastruktur, versagendes Bildungssystem, wachsende Kriminalität, beängstigende Drogenabhängigkeit von Teilen der

Bevölkerung, zunehmende Armut und ein beispielloser Zerfall familiärer Bindungen bestimmen heute das innenpolitische Bild in den USA. Von daher ist in den USA der Blick nach innen angesagt. Die Abwahl von G. Bush war die Abwahl einer innenpolitisch eher sprachlosen Präsidentschaft. Nichtsdestoweniger bleiben die USA zu einer weitreichenden außen- und sicherheitspolitischen Rolle verpflichtet. Sicherheitspolitische und außenpolitische Empfehlungen müssen sich deshalb ab sofort im Einklang mit den binnengesellschaftlichen Reparaturanforderungen befinden. Sie müssen sich geradezu als Beitrag zur Lösung der innenpolitischen Situation erweisen. Die unterschiedliche normative Interpretation der innenpolitischen Lage (nicht ihre unterschiedliche empirische Wahrnehmung) ist es denn auch, was die neuen Bruchlinien in der politischen Landschaft Amerikas heute ausmacht.

1. Die Clinton-Administration

Wie ist Clinton mit diesen Herausforderungen umgegangen? Anders als sein Vorgänger George Bush, der „realpolitisch“ den Status der USA als der einzigen verbliebenen Supermacht zu sichern trachtete, vollzog Bill Clinton eine Wende zu einer neuen Sicht der USA: „America’s purpose in the world“, sagte er 1993, „is not simply to be another great power in history“¹⁴. Das war als paradigmatischer Wechsel gemeint - und der stand durchaus im Einklang mit einer neuen Wahrnehmung der internationalen Szene. Nach der Niederringung des ideologischen Gegners Sowjetunion war wieder - wie schon nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg - das hinterbliebene Chaos neu zu ordnen. Und wie damals schien auch jetzt wieder eine Art von Wilsonismus angezeigt, der politisch auf weltweite Demokratisierung, ökonomisch auf globale Liberalisierung und militärisch auf UN-gestützte Multilateralisierung setzt. In dem ersten Clinton-Papier „National Security Strategy of Engagement and Enlargement“ ist dieser Wilsonismus noch ganz deutlich. Und er behauptet von sich, mit der innenpolitischen Agenda und den binnengesellschaftlichen Erfordernissen im Einklang zu sein. Die diesbezügliche Argumentation war wie folgt: Die weltweite Förderung von Marktdemokratien öffnet neue Märkte für die USA, schafft damit neue Arbeitsplätze, ermöglicht damit auch eine militärische Präsenz, die keine Belastung mehr für die Ökonomie darstellt, die aber dem Prozeß weltweiter Demokratisierung eine letzte Deckungsgarantie zu geben vermag - womit sich der Kreis der Argumentation wieder schließt. Wörtlich heißt es bei Anthony Lake, dem damaligen Sicherheitsberater Clintons: De-

mocracies create free markets that offer economic opportunity, and they make for more reliable trading partners. They tend not to abuse the civil and political rights of their citizens. And democracies are far less likely to wage war on one another. Civilized behavior within borders encourages it beyond them. So it is in our interest to do all we can to enlarge the community of free and open societies“¹⁵

Daß dieses Konzept dann im Desaster von Somalia und in innenpolitischen Konflikten mit dem Kongreß wesentlich verändert wurde, ist inzwischen klar geworden. Der Kampf um die Schaffung größerer Freihandelszonen über das NAFTA-agreement hinaus ist noch im Gang, das amerikanische Engagement für mehr Demokratie weltweit ist jedoch auf ein selektives Engagement zurückgefahren und der Kampf um einen UN-gestützten Multilateralismus mit der prospektiven Aussicht auf eine stehende UN-peacekeeping-Truppe ist gänzlich aufgegeben worden. Der dahinter stehende sicherheits- und außenpolitische Multilateralismus ist jedoch noch lebendig. Nur ist an die Stelle einer für die UN vorgesehenen globalen Rolle die NATO getreten: „NATO should become an alliance of common interests without geographic or functional limits on its competence“¹⁶.

Ein editorial der International Herald Tribune wurde in diesem Sinne noch deutlicher: „A new Atlantic community might raise its eyes to other parts of the world: the safety of the Gulf's oil; the danger of nuclear proliferation; the Asian balance of power. This holds out the prospect that ...the Alliance might become, at last, more of a proper two way deal“¹⁷. Würde sich die politische Entwicklung tatsächlich in diese Richtung bewegen, so sind diesbezügliche Vorbehalte, Reserven, ja vielleicht sogar Verdächtigungen auf europäischer und deutscher Seite schon vorhersehbar. Zwar ist es richtig, daß wir in Deutschland mit Amerika dieselben Werte wie Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit teilen, aber eben nicht jene spezifische außenpolitische Orientierung, die globales Engagement und power-projection für selbstverständlich hält. Wo aber solche power-projection in Europa zum politischen Selbstverständnis eines Landes gehört - wie zum Beispiel in Frankreich -, da konfligiert sie möglicherweise mit US-amerikanischen Interessen. Und wessen Interessen zählen dann in einem Bündnis? Insofern könnte die ideologiekritische Frage der achtziger Jahre in gewandelter Gestalt wieder auftauchen, ob möglicherweise das Bündnis exklusiv für US-amerikanische Interessen instrumentalisiert werden soll.

2. Die „New Republicans“

a) Der Ausgangspunkt

Auch die Republikaner anerkennen die verfahrenere, bedrückende und nach Abhilfe verlangende innenpolitische Verfallssituation. Aber im Unterschied zur Clinton-Administration, die die Situation eher ökonomistisch einschätzt und bewältigen will, sehen die New Republicans den Verfall Amerikas eher in moralischer Perspektive. Die alten puritanischen Ideale von „piety, labor and family“ sind ausgehöhlt und bedürfen deswegen der Wiederherstellung. Das aber ist nur

möglich, wenn der Gedanke individueller Verantwortung neu greift und das Konzept eines (der Idee nach fürsorglichen, der Praxis nach allerdings bürokratischen) big-government-Staates aufgegeben wird. Individuen dürfen nicht mehr länger paternalistisch entmündigt und zu Kostgängern eines quasi „sozialistischen“ Wohlfahrtsstaates herabgewürdigt werden. Individuen sind grundsätzlich für ihre eigene Wohlfahrt verantwortlich; jedem ist es möglich, „to make a difference individually“. Damit geben sie gleichzeitig ein Beispiel für andere.

b) sicherheitspolitische Perspektiven

Eine solche Lebensphilosophie übersetzt sich natürlich mühelos in eine außen- und sicherheitspolitische Programmatik, die geradewegs in den Isolationismus führt. Wie Individuen, so sind auch Nationen allein für sich selbst verantwortlich. Interventionistisch - zu wessen Gunsten auch immer - tätig zu werden hieße möglicherweise mehr Schaden anzurichten als wirklichen Nutzen zu stiften. Es hieße möglicherweise, eigene Ressourcen zu vergeuden - für Unternehmungen mit zweifelhaftem Ausgang - zweifelhaft deshalb, weil die Welt, das internationale System derzeit zu unübersichtlich, verworren und komplex ist, als daß interventionistische Maßnahmen wirklich hilfreich wären. George Kennan - einer der großen „Realisten“ der US-Außenpolitik - hat sich jüngst zu solcher Skepsis ausdrücklich bekannt. Er mutmaßte, die zerfallene sowjetische Macht in Europa und in den Ländern der Dritten Welt hinterlasse gegenwärtig ähnliche Unwägbarkeiten und Unkalkulierbarkeiten wie das zerfallende spanisch-amerikanische Imperium zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Daraus zieht er den Schluß, Isolationismus sei gegenwärtig - ähnlich wie zur Zeit von John Quincy Adams - das angemessene außenpolitische Prinzip. „The best way

for a larger country to help smaller ones is surely by the power of example... This writer finds Adam's principle, albeit with certain adjustments to meet our present circumstances and commitments, entirely suitable and indeed greatly needed as a guide for American policy in the coming period".¹⁸ Ganz zeitgemäß verknüpft er dabei innergesellschaftliche Problemanzeigen mit außenpolitischen Komplexitätsproblemen: „This is a great and confused world, and there are ... peoples and countries clamoring for our assistance. Yet it is clear that ... these involvements stretch to the limit our economic and military resources, not to mention the goodwill of our people“¹⁹.

Die New Republicans vertreten diesen Isolationismus lautstark vor allem gegenüber jenen multilateralen Einbindungen, wie sie die UNO darstellt. In Newt Gingrich' „National Security Revitalization Act“ ist deswegen vorgesehen, die finanzielle Förderung für UN-peacekeeping missions auf Null zu fahren. In der parallelen Anstrengung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Bob Dole, dem sog. „Peace Powers Act“, soll zudem dem Kongreß eine gesetzliche Rolle in der Beziehung der USA zu den Vereinten Nationen gegeben werden, was praktisch auf Liquidierung des Konzepts eines amerikanischen Internationalismus hinauslaufen würde. Bob Dole wörtlich: This bill „imposes significant new limits on peacekeeping policies which have jeopardized American interests, squandered American resources - and cost lives“. The American people „will not tolerate American casualties for irresponsible internationalism“²⁰.

Die „alten“ Internationalisten erscheinen überholtem und nunmehr funktionslos gewordenem Besitzstandsdenken verhaftet. „A network of vested interests sees alliances as the essential justification for maintaining large military budgets and an assortment of other lucrative arrangements. The various factions in that network have no desire to see their power, prestige, and financial positions eroded, and they have been potent lobbyists for preserving a U.S. strategy of global intervention“²¹. Dieser neue Isolationismus bestimmt vordergründig auch die Neuauflage der Debatte um ein amerikanisches Raketenabwehrsystem. Es wird programmatisch im schon erwähnten „National Security Revitalization Act“ gefordert. Nachdem Reagan mit einem solchen Vorhaben während der Zeit des Kalten Krieges wohl mehr aus technischen als ideologischen Gründen gescheitert war, erscheint unter den neuen post-cold-war-Bedingungen ein solcher Plan eher realisierbar. Gegen einzelne Raketen aus Lybien oder dem Irak könnten sich die USA heute zweifellos besser schützen als sie sich ehemals gegen einen massiven Raketenangriff des

Warschauer Paktes hätten schützen können. Der isolationistische Impuls, sich politisch auf sich selbst zurückzuziehen und eine unverwundbare „Festung Amerika“ zu beziehen, würde natürlich erhebliche sicherheits- und außenpolitische Konsequenzen haben. Es würde den ABM-Vertrag von 1972 genauso verletzen wie eine Fortführung der Nonproliferationspolitik nachhaltig behindern. Im übrigen würde nicht zuletzt ein neues Wettrüsten mit Rußland in Gang gesetzt. Aber an dieser Stelle kommt meines Erachtens die Kehrseite der „Fortress America“-Idee zum Durchbruch. Denn die allen Einbindungen und multilateralen Verpflichtungen ledigen USA können Realpolitik in nunmehr gänzlich neuer Gestalt exekutieren - nämlich unilateralistisch. Damit kann dann auch der gesamte vermeintlich nur „ideologische Ballast“ abgeworfen werden, der aus der idealistischen Traditionslinie stammt und in eigentümlicher Brechung dem Realismus immer beigefügt war. In der Kritik an diesem Idealismus heißt es jetzt: „US statesmen embark on grandiose plans ‘to make the world safe for democracy,’ or ‘bear any burden, pay any price’ ... While such open-ended claims on the lives and fortunes of the citizenry might be consistent with a collectivist society, they are hardly consistent with the limited government of a society of free and independent individuals.“²² Die universalistisch-idealistische Perspektive der USA als kollektivistisches Ideologem zu brandmarken, ist natürlich kühn und verwegen. Aber solche Etikettierung dient ja nur dem Zweck innenpolitischer Mobilisierung. Außenpolitisch ändert solche Programmatik freilich die Wahrnehmungsperspektive auf die internationale Staatenwelt. Die USA sehen sich nicht nur einer komplexer und undurchschaubarer gewordenen Welt gegenüber, sie fühlen sich auch noch von „Feinden“ umgeben. Der republikanische Senator McCain wörtlich: „The reality (is) that the world is a more and more dangerous place“²³. Nicht anders sieht es Newt Gingrich: „While I am a cheap hawk, remain a hawk. I believe the world is a dangerous place“²⁴.

Prekär wird nun eine solche isolationistische Haltung gegenüber Europa und dem die Beziehung zu Europa tragenden und definierenden, den amerikanischen Internationalismus geradzu verkörpernden NATO-Bündnis. Die Idee, daß Europa eine eigene Verteidigungsidentität braucht und ein eigenes Verteidigungssystem aufbaut, das ohne amerikanisches Engagement auskommt, also auch ohne die nukleare Schutzgarantie der USA, ist in dieser Perspektive alles andere als besorgniserregend. In diesem Sinne konsequent wäre dann auch eine Kündigung des NATO-Bündnisses.

Ted Galen Carpenter vom ultrakonservativen Cato-Institut hat dies auch tatsächlich vorgeschlagen: „As the membership of the global club expands, alliances are dangerous arrangements that can needlessly entangle the United States in conflicts that might go nuclear. Washington’s emphasis on the virtues of nonproliferation, symbolized by the NPT, and its continued adherence to the doctrine of extended deterrence may be creating an especially deadly combination“²⁵.

Das Insistieren auf nationaler Verantwortung und Gleichgültigkeit gegen Europa kann sogar soweit gehen, es für möglich zu halten, daß z. B. Deutschland einen nuklearen Status erwirbt.²⁶ Auch dies wäre in dieser Perspektive nur ein Beleg dafür, daß Europa und speziell Deutschland aus dem Eltern-Kind-Verhältnis ausbricht, das solange die atlantischen Beziehungen bestimmt und definiert hat. Auch kulturell werden entsprechende Distanzierungssymptome sichtbar. Der „EC-style Euro-socialism“, wie er unter anderem und vor allem in der EU-Agrarpolitik sichtbar wird, ruft entschiedenes Befremden hervor²⁷.

Interessanterweise wird von den New Republicans dieser eigentliche logische Schritt nicht mitvollzogen. Ganz im Gegenteil: im „National Security Revitalization Act“ wird umstandslos stattdessen die NATO-Erweiterung gefordert. Unter den Bedingungen eines favorisierten Unilateralismus kann das allerdings nur heißen: Eine noch weitere Anspannung des amerikanischen Führungsanspruchs und der amerikanischen Führungsrolle: NATO-„enlargement hinges on the assumption that other nations will do as we tell them“²⁸. Man kann nur wünschen, daß dieses „example of power“ nicht identisch ist mit der von Kennan gemeinten benign „power of example“.

VI. Europäisch-amerikanische Perspektiven

Der Versuch, die außen- und sicherheitspolitischen Konzepte der USA unter kategorialer Perspektive zu strukturieren, hat die wechselseitigen Irritationen im europäisch-amerikanischen Verhältnis immer mitthematisieren müssen. Diese letzteren sollen nun noch einmal in systematischer Absicht eigens nachgezeichnet werden. Dieses wird geschehen unter der kulturellen Perspektive „Befähigungsdiskurs versus Entlarvungsdiskurs“. Schematisch ergibt sich dabei folgende „Sortierung“:

USA und Europa

	Amerikanische Wahrnehmung Europas	„Europäische“ Wahrnehmung Amerikas
kulturell	<ul style="list-style-type: none"> – Unangemessene politische Traditionalisierung (Ethnizismus, Regionalismus, Nationalismus etc.) <p>→ „Befähigungsdiskurs“</p>	<ul style="list-style-type: none"> – Unangemessene politische Moralisierung <p>→ „Entlarvungsdiskurs“</p>
ökonomisch-sozial	<ul style="list-style-type: none"> – Europa Teil der westlichen Gemeinschaft von Marktdemokratien – Mißtrauen gegen „Eurosozialismus“ 	<ul style="list-style-type: none"> – Forcierter US-Kapitalismus: Europa als „Opfer“ amerikanischer Globalisierungsstrategie
außen- und sicherheitspolitisch	<ul style="list-style-type: none"> – Europa kriegs- und krisenanfälliger Kontinent – no „entangling alliance“ versus – Selbstdefinition als „Europäische Macht“ 	<ul style="list-style-type: none"> – Akzeptanz amerikanischer Führung versus – Europäische Hegemoniekritik an den USA – Befürchtung neuer außenpolitischer Unberechenbarkeit der USA (Unilateralismus)

Copyright W. Gerhard/98

Die Amerikaner sehen - wie eingangs gesagt - Europa vorwiegend unter der Perspektive unangemessener Traditionalisierung politischer Probleme. Historische Erblasten, nationale Partikularismen, ethnische Borniertheiten und mangelnde (auch religiöse) Toleranz lassen in Amerika Zweifel aufkommen, ob die Europäer zu wirklich zukunftsorientiertem und erfolgreichem praktisch politischen Handeln auch befähigt sind. Der diesbezügliche Diskurs ist also letztlich als

„Befähigungsdiskurs“ angelegt - als Frage also, ob Europa den eigenen hochgeschätzten „Can-do“-Maßstäben jemals wird entsprechen können. Die Antwort ist tendenziell „nein“. „Bosnien“ scheint in dieser Hinsicht ein illustratives Beispiel. Es verdeutlicht für die Amerikaner sowohl den kriegsträchtigen europäischen Traditionalismus (Ethnozentrismus) wie die politische Handlungsunfähigkeit der Europäer, welche amerikanische Nachhilfe zwingend notwendig macht. Wenn umgekehrt die Europäer in den USA gerade im Kontext ihrer pragmatischen Problemlösungsstrategien auch unangemessenes politisch-moralisches Sendungsbewußtsein am Werke

sehen, dann ist gleichsam im Gegenzug ein europäischer „Entlarvungsdiskurs“ angesagt, der dann ideologiekritisch die „Aroganz der Macht“ und die „Nacktheit“ ihrer Interessen zum Thema hat. Die Zeit des Kalten Krieges hat im europäischen Kontext in dieser Hinsicht eine schwer zu schlichtende Ambivalenz erzeugt. Wurde die eigene europäische „Impotenz“ anerkannt, so war die Akzeptanz amerikanischer Führung gleichsam definitorisch vorgespurt. Der amerikanischen Selbstdefinition als Europäischer Macht stand also kulturell nichts im Wege. Bestimmte umgekehrt nicht die Einsicht in mangelnde eigene Handlungsfähigkeit, sondern der ideologiekritische

Entlarvungsimpuls die kulturelle Szene, so war europäische Hegemoniekritik an der USA das Gebot der Stunde. Europa hat aus dieser Ambivalenz während der Zeit des Kalten Krieges nie herausgefunden.

Die Frage ist nun, ob nach Beendigung des Ost-West-Gegensatzes sich solche wechselseitigen Wahrnehmungsirritationen ermäßigen. Die Antwort ist eher negativ. Schaut man auf den neuen Republikanismus, so ist - wie oben gezeigt - eine isolationistisch-unilateralistische Grundstimmung erkennbar (die sich allerdings bezüglich des NATO-Bündnisses noch nicht ausgewirkt hat). Sie kann sich darauf versteifen, die notwendige „Nachhilfe“ für Europa nicht mehr zu gewähren, Europa also eher „unsanft“ in die notwendigen politischen Befähigungen der Post-cold-war-Welt hineinwachsen zu lassen. Auf der europäischen Seite könnte sich dadurch allerdings der Entlarvungsdiskurs auch noch einmal verschärfen. Die aufgrund unilateralistischer Tendenzen zu befürchtende neue „Unberechenbarkeit“ der USA würde ja gerade zeigen, was amerikanische Politik „eigentlich“ ist: nämlich rücksichtslose Durchsetzung eigener Interessen.

Nicht viel besser steht es allerdings mit der Grundlinie der Clinton-Administration. Ihr Bestreben, Europa als Teil des Kosmos westlicher „Marktdemokratien“ zu begreifen, kann Europa nicht ganz zu Unrecht veranlassen, sich als „Opfer“ einer von der USA forcierten kapitalistischen Globalisierungsstrategie zu begreifen. Und in der Selbstetikettierung als „Opfer“ ist der Täter immer schon moralisch entlarvt. Umgekehrt können die USA gerade die in Europa so hoch gehaltenen

sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Standards als Beweis für den „sozialistischen“ Traditionsüberhang Europas bewerten - was die Europäer angeblich davon abhält, das Richtige und Vernünftige zur Behebung von Arbeitslosigkeit und mangelndem Wirtschaftswachstum zu tun.

Im Verhältnis „USA - Europa“ haben sich also die Optionen konkreter operativer Politik nach der Zeit des Kalten Krieges erheblich verändert und erweitert, die möglichen Irritationen und ihre Ursachen sind im wesentlichen allerdings gleich geblieben. Geändert hat sich allerdings die Notwendigkeit, mit diesen Irritationen sensibel umzugehen. Die Frage, was Europa und die USA heute daran hindern könnte, ihre Irritationen leidenschaftlicher als bisher auszutragen, ist noch nicht beantwortet.

-
- ¹ S. M. Lipset, *American Exceptionalism*, New York 1996, S. 64
- ² H. Melville, *Weißjacke*, Leipzig 1954, S. 211 f.
- ³ zitiert in F. Unger, *Die Weltsicht der Weltmacht*, in: *W & F* 4/97, S. 6
- ⁴ zitiert in G. Mann, *Gedanken zum Geist der amerikanischen Außenpolitik*, in: Allen, R. V. et al., *Die geistigen Grundlagen der Atlantischen Gemeinschaft*, Mainz 1984, S. 21
- ⁵ S. M. Lipset, a. a. O., S. 65
- ⁶ zitiert in: K. Hornung, *Freiheit in unserer Zeit*, Stuttgart 1984, S. 23
- ⁷ *Der Föderalist* (J. Madison, 1987), in: F. Ermacora (Hb), *Der Föderalist*, Wien 1958, S. 295
- ⁸ zitiert in: G. Schweigler, „America First?“, in: Dembinski, M. et al. (Hb), *Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt*, Baden-Baden 1994, S. 27 f.
- ⁹ zitiert in: G. Kennan, *On American Principles*, in *Foreign Affairs*, March/April 1994, S. 118
- ¹⁰ R. Russel, *The American national interest in Europe*, in: *Strategic Review* 3/1995, S. 45
- ¹¹ H. Kissinger, *Diplomacy*, New York 1995, S. 822
- ¹² zitiert in: G. Schweigler, a. a. O., S. 43
- ¹³ -So der ehemalige Berliner Regierende Bürgermeister und ev. Pfarrer H. Albertz
- ¹⁴ B. Clinton, *American's purpose in the world*, in: *Orbis* 4/1993, S. 659
- ¹⁵ H. Lake, „The Purpose of American Power“, *Speech to the Council on Foreign Relations*, in: *US Department of State Dispatch*, September 19, 1994
- ¹⁶ P. Gebhard, zitiert in: J. Bach, *The Partnership and the Pendulum: The Foreign Policy Debate in the United States and implications for European Security*, *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Heft 94, 1995
- ¹⁷ Editorial „An Atlantic Community“, in: *International Herald Tribune*, February 14, 1995
- ¹⁸ G. Kennan, a. a. O., S. 125
- ¹⁹ ders., a. a. O., S. 124
- ²⁰ B. Dole, zitiert in: A. Schlesinger Jr., *Back to the Womb?*, in: *Foreign Affairs* 4/95, S. 6
- ²¹ So T. G. Carpenter, zitiert in: J. Bach, a. a. O., S. 55 f.
- ²² M. Kraus, zitiert in: J. Bach, a. a. O., S. 52
- ²³ McCain, zitiert in: *International Herald Tribune*, February 8, 1994 („2-War Military Budget goes to Congress“)
- ²⁴ N. Gingrich, *To renew America*, New York 1995, S. 185
- ²⁵ T. G. Carpenter, zitiert in: J. Bach, a. a. O., S. 48
- ²⁶ So z. B. J. Mearsheimer, *Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War*, in: *International Security* 1/1990
- ²⁷ J. D. Crouch II, *European Security: An American Perspective*, in: *Global Affairs* 4/1993, S. 13
- ²⁸ A. Schlesinger, *Back to the Womb?*, in: *Foreign Affairs* 4/95, S. 5